

Die Zahlen des Rekordmonats März sind also wieder erreicht und z. T. überschritten.

Über die Konjunktur im Oktober ist, in der Hauptsache nach den Berichten der preußischen Handelskammern, folgendes zu sagen: Die Aufträge gingen spärlicher ein, in einzelnen Wirtschaftszweigen ergeben sich Absatzstockungen, die zu Betriebseinschränkungen zwingen. Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich seit Anfang September langsam, aber im ganzen doch unbedeutend, verschlechtert. Die Arbeiterfachverbände melden 1,4 v. H. der männlichen, 5,8 v. H. der weiblichen Mitglieder als mit verkürzter Arbeitszeit arbeitend (im Durchschnitt 2,6 v. H. gegen 0,9 im Vormonat). Die Zahl der Vollerwerbslosen hat sich vom 1. September auf 1. Oktober von 11 702 auf 16 362 (darunter 11 868 Männer) erhöht. Auf je 100 offene Stellen entfielen 122 Arbeitsgesuche (September: 109). Die Industrie betrachtet Geldknappheit und die Höhe der Gesteungskosten — wegen der Verwendung englischer Kohle, wegen der Preispolitik der Rohstoffindustrien — als die größten Erschwerungen des Geschäftes. Z. T. wird darüber geklagt, daß die Preise über den Weltmarktpreisen liegen (Eisen- und Metallwaren, Maschinen, Leder, Kautschuk).

Die Kohlenförderung hat den bisherigen Stand behauptet. Im Ruhrrevier, wo sich nunmehr $\frac{3}{4}$ der Arbeiter an Übersichten beteiligen, wird die Förderung auf 8,8 Mill. t (gegen 8,3 im Vormonat — beidesmal in 26 Arbeitstagen) geschätzt, die arbeitstägliche Förderung auf 338 000 t (318 000 t) bei einer geringen Vermehrung der Belegschaft (um 1 v. H.) durch Rückwanderung der Arbeiter. Die Einfuhr englischer Kohle betrug im September nach englischen Angaben 1,6 Mill. t; für Oktober wird sie auf 2 Mill. t beziffert.

Die Verkehrslage in ganz Deutschland war noch günstig. An einzelnen wenigen Stellen konnten die großen Kartoffeltransporte nicht bewältigt werden. Die Verhältnisse für die Flußschiffahrt lagen günstig. — Für die Eisenindustrie war die Kohlenbelieferung ungenügend, die Zufuhr heimischer Erze knapp. Einige größere Werke haben Betriebseinschränkungen vorgenommen, um Löhne usw. einzusparen. Die großen Preiserhöhungen für Eisen (wöchentlich) und Kohle erschwerten die Kalkulationen der weiterverarbeitenden Industrie. Die Kleineisenindustrie Solingens meldet einen nahezu unveränderten Fortgang der Geschäfte, diejenige Thüringens betrachtet den September als den Zeitpunkt des Umschlagens der Konjunktur; der Inlandsabsatz geht stark zurück, der Auslandsabsatz leidet durch die Zollerschwerungen Amerikas. Die Maschinenindustrie und die Werften klagen über einen Rückgang bzw. ein Stocken der Bestellungen.

Die Textilindustrie meldet für Spinnereien und Webereien — Baumwolle, Wolle und Leinen — mit Ausnahme der besser beschäftigten Kunstwollspinnereien, ein Darniederliegen des Geschäftes, für die Seiden- und Samtindustrie eine ausgesprochene Absatzkrise und für die Konfektion ein befriedigendes Geschäft. Die Hereinnahme von Lohnarbeit für Rechnung des Auslandes gewinnt in Spinnerei, Weberei und Gerberei größeren Umfang, da eigene Mittel fehlen. Die Schuhindustrie mußte in größerem Umfang Verkürzungen

der Arbeitszeit vornehmen. Die chemische Industrie ist noch mit alten Aufträgen beschäftigt, neue gehen spärlicher ein. Die Industrie der Steine und Erden leidet unter Kohlen- und Waggonmangel; die Sommersaison ist beendet. Das Geschäft in der feinkeramischen und der Glasindustrie ist noch gut. Die hohen Preise für Papier wie auch für Kautschuk wirken exporthemmend. Die Betriebe der Nahrungs- und Genußmittelindustrie haben mit den bekannten Schwierigkeiten zu kämpfen, besonders die Brau- und die Tabakindustrie. Die Beschäftigung in den Nahrungsmittelgewerben ist wie bisher schlecht.

Nach der „Bauwelt“ sind im Monat Oktober 1618 Wohnungs- und 249 Fabrikbauten bekannt geworden, — gegen 4675 Neubauten im gleichen Monat des Vorjahres, also noch nicht einmal die Hälfte. Im September wurden 1715 Wohnungs- und 294 Fabrikbauten festgestellt.

Die Großhandelsmeßzahl der „Industrie- und Handels-Zeitung“ zeigt für die Vorwoche eine Steigerung um 11,3 v. H. (auf 869,4, Ende 1913 = 1). In der gleichen Zeit stieg der Dollarkurs um 9,5 v. H. Von den Preissteigerungen wurden am stärksten betroffen: Baumwolle, Kohle, Koks, Eisen, Metalle — weiterhin Leder, Häute, Gummi, Textilien. Viel geringer war die Verteuerung der Lebensmittel. Für die einzelnen Warengruppen lauten die Zahlen:

	19.2	14.	20.10.	21.-27.10.	28.10.-3.11.
Kohle, Eisen, Metalle, Baustoffe, Öle	59,1		781,0	897,2	
Textilien, Häute, Leder, Gummi...	779,0		1123,7	1273,6	
Getreide, Mehl, Kartoffel, Düngemitt.	528,5		729,9	772,8	
Fleisch, Fisch, Fette, Milch, Zucker					
und andere Nahrungsmittel	367,2		490,1	534,0	
Gesamtindex	566,2		781,2	869,4	

Der Roheisenverband ist nunmehr gleichfalls zur wöchentlichen Preisfestsetzung übergegangen. Die ab 4. November geltenden Preise sind ganz bedeutend erhöht worden; seit Jahresanfang beträgt die Preissteigerung etwa das 20fache. Die Preisentwicklung zeigt folgende Übersicht (in $\mathcal{M}$ je t):

	1922	1. 3.	1. 6.	21. 8.	21. 10.	4. 11.
Hämatit.....	4744	6724	16548	42862	83994	
Kupferarmes Stahlblei-en	4684	6678	16342	41194	83326	
Gießerei-Roheisen I ..	4212	6206	13637	40176	73594	

Die Kalipreise werden mit Wirkung vom 3. November an um 92 v. H. erhöht. Die letzten Heraufsetzungen betrugen: 34 v. H. am 1. Mai 1922, 25 v. H. am 20. Juli, 30 v. H. am 8. August, 102 v. H. am 1. September, 5 v. H. am 1. Oktober und 30 v. H. am 10. Oktober. Seit Jahresanfang haben sich die Preise nahezu verzehnfacht (Steigerung um 1676 v. H.).

Der amtliche Höchstpreis für Fichtenholzschliff wurde zum 15. Oktober auf 4500 $\mathcal{M}$ (je 100 kg) festgesetzt. Die Druckpapierpreise haben sich seit Anfang Oktober verdoppelt; sie betragen jetzt das 810fache des Friedenspreises.

Der Ankaufspreis des Reiches für Goldmünzen ist vom 650fachen auf das 1000fache des Nennwertes heraufgesetzt worden, der Preis für Silbermünzen vom 350fachen auf das 450fache.

E. T.

England

Im Zeichen des Wahlkampfes

Die englische konservative Partei pflegt, wenn sie ans Ruder kommt, liberal zu werden, und die liberale Partei in der Regierung konservativ. Das Beharrungsvermögen in der englischen Regierung ist sehr groß, jähe Sprünge finden selten statt; große Unterschiede zeigen die Parteien in der Regel

mehr im Programm und in der Auffassung als in der Durchführung. Der Wechsel der Regierung bedeutet eher eine Korrektur als einen Neuaufbau an der Hand neuer Pläne. Ganz besonders ist es im gegenwärtigen Augenblick der Fall; die alte verhasste Koalition hat sich totgelaufen, man kann nur sagen,

daß sie sich auf fast allen Gebieten innerer und äußerer Politik schwere Vergehen hat zuschulden kommen lassen: darüber ist sich in England fast das ganze Volk einig.

Merkwürdigerweise ist man sich auch darüber einig, was hätte geschehen müssen und inwiefern die Vergangenheit korrekturbedürftig ist. Der Wahlkampf kann daher notwendigerweise kein Kampf um bestimmt formulierte Programmpunkte sein, sondern nur ein Kampf um Parteien, und zwar ein Kampf, der zum Besseren führen kann, weil neue Leute durch ihn in die Regierung kommen.

Selbst der Kandidat, der für die Fehler der Vergangenheit am meisten verantwortlich zu machen ist, der Führer der Koalition, Lloyd George, würde als neuer Mann in die Regierung eintreten, denn nachdem er seit dem Beginn seiner parlamentarischen Laufbahn für alle Parteien von Labour bis Unionist kandidiert hat, ist er nunmehr Führer einer eigenen neuen Partei geworden, der „National Liberals“.

Diese nationalliberale Partei, die die Reste der Koalitionsliberalen umfaßt, steht in enger Fühlung mit den Unionisten. Ein formelles Abkommen ist zwar nicht getroffen worden: die Leitung der konservativen Partei hat es den Wahlvorständen der einzelnen Bezirke freigestellt, ob sie gegen die Nationalliberalen eigene Kandidaten aufstellen wollten. Dies ist nur in wenigen Ausnahmefällen geschehen, in der Regel kandidieren Konservative nicht gegen Nationalliberale. Bei der Eigentümlichkeit des englischen Wahlrechts mit seiner relativen Majorität ist das im Interesse der bürgerlichen Ideale im Gegensatz zu denen des Labourismus ein großer Vorteil; der letztere nämlich zersplittert sich in zwei Gruppen, in die der Unabhängigen Liberalen und die der Arbeiterpartei.

Wenn auch Lloyd George diejenige Persönlichkeit ist, die am meisten Schuld an den Koalitionssünden trägt, ein gut Teil Schuld haben alle Parteiführer, da sie mit einziger Ausnahme der Unabhängigen Liberalen, die sich sehr viel darauf zugute tun, der Koalition angehört haben. Reinzuwaschen versuchen sie sich selbstverständlich: die Koalitionsliberalen, indem sie ihren Namen ändern; die Arbeiter durch starke Betonung der von der Koalition nicht durchgeführten Programmpunkte; die Unionisten mit der Tatsache, daß sie die Koalition gesprengt haben. Aber alle können doch die Vergangenheit nicht ganz abschütteln, und daraus folgt etwas sehr Merkwürdiges: die Programme, mit denen die vier Parteien in den Wahlkampf gehen, gleichen sich inhaltlich fast vollkommen. Das gilt vor allem hinsichtlich der äußeren Politik, bezüglich derer ein Unterschied in den Programmen überhaupt nicht wahrzunehmen ist. Deutschland soll zahlen, was es zahlen kann; die Zusammenarbeit mit Frankreich soll ausgebaut werden; die Politik im Nahen Osten soll gegen die Türkei gerecht und gegen die Griechen nicht ungerecht sein; der Völkerbund soll ausgebaut werden; alle Nationen sollen ihm beitreten; die indische Verfassung soll erhalten, der Vertrag mit Irland ratifiziert werden. Die Ausgestaltung der Unabhängigkeit Ägyptens wird (außer im konservativen Programm) verlangt. — Wenn man nicht wüßte, daß die Parteien bei dem Gebrauch ähnlicher Worte eine andere Mentalität besitzen, würde man glauben, daß es für die äußere Politik Englands vollkommen gleichgültig ist, welche Gruppe am 15. November die Majorität erhält. Wir wissen aber, daß Ausdrücke, wie „Zusammenarbeit mit den Kolonien“ im Munde Bonar Laws eine ganz andere Bedeutung haben wie im Munde Hendersons.

Für die innere Organisation der Regierung mit der Volkswirtschaft treten gewisse Eigentümlichkeiten der Arbeiterpartei und ihrer Ideenrichtung hervor, die dem Parteiprogramm ein etwas anderes Gepräge geben. Die Arbeiter

verlangen, im Gegensatz zu allen anderen Parteien, eine starke Ausgestaltung der sozialpolitischen Aufgaben der Regierung. Die hierzu erforderlichen Geldmittel sollen durch eine schnell ansteigende Abgabe vom Vermögen bestritten werden; ferner wird die Nationalisierung, d. h. Verstaatlichung, zunächst der Bergwerke und Eisenbahnen, dann der anderen zur Sozialisierung reifen Unternehmungen verlangt. Diese beiden Programmpunkte sind die einzigen, die die Tendenz der Arbeiterpartei in ihren Wahlmanifesten widerspiegeln.

Ihnen treten gegenüber die anderen Parteiprogramme, die die Sparsamkeit im Reichshaushalt in den Vordergrund stellen, und, um die Ausgaben zu vermindern, einige tiefe Einschnitte in die innere Verwaltung fordern. Nach dem konservativen Programm soll aus diesem Grunde das Pensionsministerium und das Arbeitsministerium gestrichen und die diesen Ministerien obliegenden Aufgaben anderen Ministerien unterstellt werden. Das enthält selbstverständlich implizite einen Verzicht auf den Ausbau der genannten Regierungsabteilungen, wenn nicht sogar eine Verkrüppelung derselben.

Einig sind sich alle Parteien in der Abschaffung einer Einrichtung, des sogenannten Kabinetts-Sekretariats, das unter Lloyd George während des Kriegs eingeführt wurde und sehr viel Anstoß erregt und Staub aufgewirbelt hat. Nach einem alten ungeschriebenen Gesetz existierten in England für das Kabinettsamt solches keinerlei Hilfskräfte; die Protokolle der Kabinettsitzungen wurden vom Premierminister nach der Sitzung eigenhändig ausgefertigt und außer dem König niemandem zur Kenntnis gebracht. Verantwortlich für die Durchführung der Beschlüsse war außer den Kabinettsmitgliedern keine Instanz. Durch die Häufung der Arbeit im Krieg und die Vielgeschäftigkeit Lloyd Georges ist ein Bureau für das Kabinettsamt notwendig geworden und der Chef dieses Bureaus, der über die Durchführung der Kabinettsbeschlüsse eine gewisse Kontrolle hatte, ist selbstverständlich schnell eine Person von großem, aber nicht parlamentarischem Einfluß geworden, umsomehr als er einen Posten inne hatte, der den Wechsel der Regierung überdauert. Die Abschaffung dieses Bureaus ist geeignet, die altdemokratische Verfassung Englands zu befestigen.

Die Reform des House of Lords, die seit langen Jahren, ja Jahrzehnten eine Hauptforderung aller Radikalliberalen und Arbeiter darstellt, tritt im gegenwärtigen Wahlkampf zurück, offenbar, da das House of Lords aller tatsächlichen Macht entkleidet ist; nur die Labour Party fordert offen eine Aufhebung der erblichen Mitgliedschaft zum House of Lords, eine Forderung, die in der Propaganda aber zurücktritt.

Auch die Stellungnahme zum altüberlieferten Freihandel ist in allen Parteien ähnlich, und auch hier wieder ist es mehr die bekannte Tendenz der Parteien als der Wortlaut der Programme, die einen Unterschied darstellen. Die Konservativen halten den Schutz der Schlüsselindustrien (Protection of Industries Act) mit dem Freihandel vereinbar, sprechen sich aber wenig darüber aus; die Linksparteien verlangen die Abschaffung dieser und ähnlicher Zollmaßregeln, die sie als die Grundpfeiler eines zu errichtenden Hochschutzzollsystems betrachten.

Wenn nach alledem auch für die allgemeine Betätigung der künftigen englischen Politik im Innern wie im Äußern die Richtlinien vorgeschrieben sind und eine vollkommene Neuorientierung nicht zu erwarten ist, so ist doch in der Ausführung der einzelnen Programmpunkte ein starker Unterschied zu erwarten, je nachdem ob die Wahlen mehr rechts oder links ausfallen. Die bei Lloyds abgeschlossenen Versiche-

rungen gegen einen unerwünschten Wahlausfall lauteten vor Bekanntwerden des Wahlergebnisses der Gemeindewahlen auf 100 : 15 gegen eine regierungsfähige Majorität von Arbeitern und unabhängigen Liberalen, und 100 : 1 gegen eine reine Arbeiterregierung vor Ende Februar. Diese Schätzungen von Lloyds haben in den Gemeinderatswahlen eine Bestätigung gefunden.

Der liberale Gedanke hat in denselben eine gewaltige Niederlage erhalten, deren Ursachen bisher noch nicht voll zu durchschauen sind. Es ist aber durchaus möglich, daß gerade diese Wahlniederlage zur Entfaltung aller Kräfte bei den Parlamentswahlen antreibt. Man muß sich also davor hüten, aus diesem Ergebnis voreilige Schlüsse zu ziehen.

Dr. Th. Plaut

Ungarn

Der Außenhandel — Die diesjährige Ernte — Die Frage der Sanierung der Krone — Die Teuerung

Ergänzend zu dem vorigen Bericht*), der eine vorläufige statistische Übersicht über Ein- und Ausfuhr im ersten Halbjahr 1922 bot, sei nunmehr die endgültige Statistik der ersten neun Monate dieses Jahres mitgeteilt:

Einfuhr		dz		Mill. K	
	dz	Mill. K		dz	Mill. K
B'wollstoffe	80 912	14 928,7	Appret. Leder.	19 360	2495,9
Schafwollst.	31 133	9 773,9	Eisenwaren....	171 622	2579,4
Kohle, Koks	4 805 949	4 410,3	Maschinen und		
B'wollgarne			Apparate.....	116 149	2396,8
und Zwirn	28 621	3 554,7	Roheisen.....	424 226	1666,4
Holz (rohes,			Mineralöl	442 879	1712,1
bearb., Brennholz)	11 798 981	8 216,6	El. ktr. Maschin.		
Papier.....	295 538	2 653,3	und Apparate	7 685	972,1
			Schuh.....	5 772	823,4

Im Vergleich zu der Einfuhrbewegung des ersten Halbjahres kann eine sehr verstärkte Einfuhr zuerst bei Holz, dann in fast gleich großem Verhältnis bei Eisenwaren und Maschinen festgestellt werden. An Holz wurden im ersten Halbjahr 1922 rund 6 Mill. dz eingeführt, im dritten Vierteljahr aber 5,6 Mill., was hauptsächlich auf die merkliche Besserung im rumänischen Eisenbahnwesen zurückzuführen ist. An Eisenwaren wurden von Januar bis Juni 89 000, im dritten Vierteljahr aber 82 546 dz, also fast ebensoviel, und an Maschinen sogar um 4000 dz mehr als im ersten Halbjahr eingeführt. Auch die Einfuhr von Roheisen ist unverhältnismäßig stark in die Höhe gegangen, was ein gutes Zeichen für die Budapestener Industrie bedeutet.

Die Ausfuhr von Januar bis September 1922 stellt sich folgendermaßen dar:

	dz	Mill. K		dz	Mill. K
Mehl.....	1 365 390	11 592,4	Eier.....	23 610	804,6
Wein.....	816 039	3 382,6	Spiritus....	54 681	73,3
Schlacht- u.			Fleisch- und		
Zugvieh (St.)	174 811	6 102,6	Wurstwaren	66 295	1180,5
Elektr. Masch.			Fettöle.....	37 823	604,5
u. Apparate	25 104	2 649,2	Rohleder....	22 464	441,7
Masch., Appar.	204 952	2 666,2	Kohlen (als Re-		
Schafwolle..	29 418	1 538,5	parationsleistung		
Bettfedern..	22 005	1 272,3	für Serbien) ..	1 573 600	409,0

Wir sehen im Vergleich zum ersten Halbjahr einen starken Rückgang der Ausfuhr, ganz besonders bei Wein und Fleisch, ebenso Vieh, was bei den letzteren auf die Ausfuhrverbote zurückzuführen ist. An Wein wurden kaum 10 % des Monatsdurchschnittes der ersten sechs Monate ausgeführt, was augenscheinlich einen ungeheuern Rückgang darstellt, tatsächlich aber größtenteils darauf zurückzuführen ist, daß der 1921er bereits verkauft war.

Die Passivität der Handelsbilanz — im ersten Halbjahr nur 7,7 Milliarden — hat sich im dritten Vierteljahr um nicht weniger als 27 Milliarden vermehrt! Die Einfuhr betrug in den abgelaufenen neun Monaten 87,4 Milliarden, die Ausfuhr 52,7, was ein Einfuhrplus von 34,7 Milliarden ergibt.

Im Vordergrund des Wirtschaftslebens steht die Ernte, besonders die des Weizens. Sein Drusch ist überall be-

endet und hat rund 300 000 dz mehr ergeben, als nach den Schätzungsberichten zu erwarten war. Die Qualität ist im allgemeinen gut. Es waren 2 007 378 Katastral Joch (rund 5600 qm) mit Weizen eingesät, von denen 12 267 000 dz Weizen geerntet wurden, gegen 14 347 000 dz im Vorjahre. Der Roggen hat, was die Qualität anbelangt, den Erwartungen genügt, in der Quantität ist er zurückgeblieben. Es wurden von 942 410 Kat. Joch 5 446 700 dz geerntet. Auch die Gerste hat die Erwartungen getrogen, da nur 4 545 300 dz eingeerntet werden konnten. Von der Maisernte erwartet man 8¼ Mill. dz, was gegen das Vorjahr günstig ist, während Kartoffeln in diesem Jahre auf 140 000 Kat. Joch weniger angepflanzt wurden, was einen Ausfall von rund 3 Mill. dz bedeutet, so daß die Regierung und besonders auch die Hauptstadt Budapest polnische Kartoffeln bezogen hat, die bemerkenswerterweise billiger loco Budapest sind, als die ungarischen der Debreceuer Gegend, die die meisten Kartoffeln liefert. Die Zuckerkampagne hat überall eingesetzt, der erste neue Zucker ist schon in den Handel gekommen. Die Ernte hat so viele Rüben ergeben, daß 5000 Waggon Zucker hergestellt werden können, die den Bedarf des Landes einigermaßen decken, so daß gehofft wird, keine Einfuhr zu benötigen. Als Richtpreise für den neuen Zucker gelten die Weltmarktpreise, obwohl die Produktion und auch die Rohstoffe eine Niedrigerhaltung möglich machten; ja es sollen sogar die Weltmarktpreise bereits überschritten sein, da in Budapest ausländischer Zucker um einige Kronen billiger angeboten wird bei gleicher Güte.

Besorgniserregend ist das Steigen des Weizenpreises, trotz verhältnismäßiger Stabilität der Kronennotierung in Zürich, die zwischen 0,20—0,22 im September und Oktober schwankt, während der Weizenpreis von 7100 auf 11 400 K stieg, was eine Steigerung von 58 % bedeutet. Die innere Kaufkraft der Krone ist also bedeutend gefallen, während sie in Zürich stabil blieb. Verständlich ist aber das Steigen des Weizenpreises, wenn in Betracht gezogen wird, daß allein im September 9,17 Milliarden neue Banknoten ausgegeben wurden, so daß heute der Umlauf bereits 55,41 Milliarden beträgt. Auf der einen Seite wird ein starkes Bremsen der Notenausgabe als Abhilfe gefordert, die andere Seite legt klar, daß mit einer Kreditrestrinktion nicht begonnen werden könne, solange sich die Lebensmittelpreise im Steigen befinden, und daß es nicht nur die gesetzliche Pflicht des Noteninstitutes sei, das Kreditbedürfnis zu befriedigen, sondern im wirtschaftlichen Allgemeininteresse wurzelnder Allgemeinwunsch, den nicht zu erfüllen, eine Unterbindung des wirtschaftlichen Lebenslaufes darstelle. Man moniert in sehr starken Tönen, daß die Großmühlen weitere Kredite erhalten, daß sie dadurch in der Lage seien, die Preise des Mehles zu steigern. Es ist auch festgestellt worden, d'esmal von der Gegenpartei — dem christlichen Kurs —, daß die Großmühlen tatsächlich in nicht einwandfreier Art die Preise in die Höhe trieben und nun, da sie

* Im letzten Abschnitt des Berichtes vom 25. 8. sind versehentlich bei der Erörterung von Verkehrs-Chikane die Worte „nach Polen“ ausgelassen. Es muß doch heißen, daß die Tschecho-Slowakei „nur eine Grenzübergangsstelle für ungarische Waren nach Polen zugelassen hat, nämlich Lawocne“.